

Nationalismus als Antriebskraft

Rechte Milieubildung und neonazistische Organisation nach dem Mauerfall am Beispiel Cottbus (1989-1991)

ERIC ANGERMANN

Seit den 1990er Jahren werden unter dem bekannten wie pauschalisierenden Slogan »Brauner Osten« die Ursachen für die Stärke extrem rechter Strukturen und Positionen in Ostdeutschland intensiv diskutiert. Nicht völlig zu Unrecht, doch teils recht einseitig wird die besondere Bedeutung von Akteuren und politischen Entscheidungen aus Westdeutschland für einen *Aufbau Ost* bis heute in populären Werken hervorgehoben.¹ Auch das neonazistische Spektrum, das in den sogenannten »Neuen« Bundesländern mancherorts eine sichtbare lebensweltliche Verankerung und eine besonders hohe Mobilisierungskraft bei vorteilhaften Kräfteverhältnissen vorweisen kann, ist diesbezüglich Thema: Der NDR behandelte beispielsweise 2020 rückblickend die »Wiedervereinigung« von ost- und westdeutschen Neonazis und betonte die Rolle von Führungspersonen aus der Bundesrepublik, die ihren »Traum vom Umsturz« im Wendjahr verwirklichen wollten und den »Aufbau Ost« vorangetrieben hätten.² Auch in der zeithistorischen Rechtsextremismusforschung werden die Wendejahre als ein zentraler Moment für das Erstarken der extremen Rechten und des deutsch-deutschen Neonazismus im Speziellen betont.³ Selbst wissenschaftliche Studien, welche die Interaktionen zwischen Ost und West für die Genese eines vereinigten Neonazismus in Bewegung differenzierter in den Blick nehmen und den Einfluss ostdeutscher AktivistInnen für dessen politische Praxis betonen, gehen davon aus, dass

1 Vgl. zuletzt für die AfD und die sogenannte »Neue Rechte«, Dirk Oschmann: *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023, S. 99-101.

2 NDR: *Der Traum vom Umsturz – Neonazis und die Wende*. Panorama – die Reporter, 1. 9. 2020, <https://www.ndr.de/fernsehen/Der-Traum-vom-Umsturz-Neonazis-und-die-Wende,panorama9526.html>, zuletzt abgerufen am 27. 3. 2025.

3 Gideon Botsch: *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute*, Darmstadt 2012, S. 100-107; Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina/Maik Tändler: *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019, S. 164.

der Strukturaufbau »under West German leadership« vonstattenging.⁴ In der Tat schlossen sich ostdeutsche Neonazis, wenn eine Affinität zu einer parteiförmigen Organisation bestand, zwar westdeutschen Parteien an.⁵ Im Folgenden soll mit dem Beispiel von Cottbuser AktivistInnen,⁶ die sich in der Kleinpartei Deutsche Alternative (DA) engagierten, ein Perspektivwechsel auf die bisher unterbeleuchtete Handlungsmacht ostdeutscher Neonazis in den unmittelbaren Wendejahren vorgenommen werden. An ihrem Beispiel wird deutlich, dass Organisationsprozesse vor Ort nicht von einzelnen westdeutschen Führungspersonen angeleitet wurden. Stattdessen eigneten sich ostdeutsche Neonazis in kurzer Zeit Organisationsstrukturen und -wissen an, um politisch wirksam zu sein. Der maßgebliche Beweggrund hinter ihrem Handeln war eine im Alltag verankerte Praxis der Selbstermächtigung, die auf dem revolutionären Sturz des verhassten Staatssozialismus und auf einer allgemeinen »Revitalisierung des Nationalismus«⁷ basierte. Bereits vor dem Pogrom im nahen Hoyerswerda im August 1991, der auch in jüngsten historiografischen Beiträgen als erster großer Höhepunkt rechter Gewalt nach der deutschen Einheit gilt,⁸ schnellten die Gewalttaten in der Lausitz in die Höhe. Ein stark mit der Skinhead-Subkultur verknüpftes neonazistisches Milieu hatte sich ebenfalls in kurzer Zeit etabliert. Das Netzwerk der DA in Cottbus und Umgebung stützte sich auf Strukturen aus dem Westen, übertraf diese in seinem Ausmaß aber sehr schnell. Mit dem mikrohistorischen Blick auf die

- 4 Gideon Botsch: From Skinhead-Subculture to Radical Right Movement: The Development of a »National Opposition« in East Germany, in: Contemporary European History 21.4 (2012), S. 553-573; hier S. 571.
- 5 Eine Ausnahme war die kurzlebige Nationale Alternative in Ostberlin, deren Gründung aber von westdeutschen Neonazis unterstützt wurde.
- 6 Im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache wird bei der Nennung von Personengruppen, die nicht allgemein der extremen Rechten zuzuordnen sind, das Gendersternchen genutzt. Werden jedoch personelle Zusammenhänge des extrem rechten Lagers genannt, wird auf das Binnen-I zurückgegriffen, da dies den binären und heteronormativen Geschlechterverhältnissen entspricht, die auch diese politische Strömung propagiert und durchzusetzen versucht, vgl. Valérie Dubslaff: »Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie, 1964-2020, Berlin/Boston 2022, S. 3. Wird auf eine gegenderte Schreibweise verzichtet, werden explizite Männerbünde thematisiert.
- 7 Dieter Langewiesche: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 190.
- 8 Barbara Manthe: Vom Rechtsterrorismus zur rechtsradikalen Gewalt. Die Bundesrepublik in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren, in: Till Kössler/Janosch Steuer (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 107-122; hier S. 118; Janosch Steuer/Till Kössler: Gewalttaten, Gewaltdeutungen. Historische Perspektiven auf die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, in: dies., Brandspuren, S. 24-48; hier S. 27.

politische Praxis der DA und ihres Umfeldes soll letztlich dem Desiderat lokalgeschichtlicher Studien in der zeithistorischen Rechtsextremismusforschung⁹ entgegengewirkt werden, um genauer die politischen und gesellschaftlichen Umstände erfassen zu können, unter denen bestimmte Regionen – wie die Lausitz bis in die Gegenwart¹⁰ – besonders von einer rechten Gewaltpraxis geprägt waren.

Die Gründung der Deutschen Alternative in Cottbus

Kurz nach dem Fall der Mauer gründete sich am 29. Dezember 1989 der Ortsverband der DA in Cottbus. Die Cottbuser DA war einer der ersten Konstituierungserfolge einer westdeutschen neonazistischen Partei in der DDR. Zugleich kam der DA plötzlich eine bedeutende Rolle zu, war sie doch selbst im neonazistischen Spektrum der Bundesrepublik, das in den 1980er Jahren von Parteien wie der FAP oder der NF¹¹ mit Mitgliederzahlen im dreistelligen Bereich geprägt war, eine numerisch kleine und vor allem auf Bremen konzentrierte Partei. Zudem war sie erst im Mai 1989 gegründet worden. Die DA war Teil der sogenannten »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (abgekürzt GdNF), wie sich das Netzwerk um Michael Kühnen und weitere Bewegungsunternehmer wie Thomas Brehl oder Christian Worch nannte. Die GdNF war bereits 1986 durch eine Spaltung infolge des sogenannten »Bewegungsstreits« geschwächt worden, da mehrere zentrale Mitstreiter die homophile Deutung des (völkisch gesinnten) Männerbundes, die Brehl und besonders Kühnen postulierten, aus heterosexistischen Gründen ablehnten.¹² Nach einer weiteren

9 Vgl. Franka Maubach: Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen. Plädoyer für eine Lokalgeschichte rassistischer Gewalt in Ost und West, in: Gudrun Heinrich/David Jünger/Oliver Plessow/Cornelia Sylla (Hg.): Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992, Berlin 2024, S. 25-37, hier S. 27.

10 Vgl. Joschka Fröschner/Jakob Warnecke: »Was interessiert mich denn Cottbus?« Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat, Potsdam 2019.

11 Zur Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) vgl. Georg Christians: »Die Reihen fest geschlossen«. Die FAP – zu Anatomie und Umfeld einer militant neofaschistischen Partei in den 80er Jahren, Marburg 1990; zur Nationalistischen Front (NF) vgl. Gideon Botsch: »Nationalismus – eine Idee sucht Handelnde«. Die Nationalistische Front als Kadernschule für Neonazis, in: Heike Kleffner/Anna Spangenberg (Hg.): Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin 2016, S. 74-97.

12 Vgl. Eric Angermann: Thomas Brehl (1957-2010). Der Stellvertreter, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke (Hg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945,

Haftentlassung Kühnens im Jahr 1987 konzentrierte sich die GdNF auf die hessische Stadt Langen. Mit der 1988 ins Leben gerufenen Nationalen Sammlung hatte das Netzwerk um Kühnen die Hoffnung, innerhalb des in Langen gelegenen Wohnheims für Aus- und Übersiedler*innen agitieren zu können. Zudem setzte es mit der bedrohlichen Forderung, Langen zur ersten »ausländerfreien« Stadt machen zu wollen, auf einen rassistischen Kommunalwahlkampf: Im Kontext rassistisch geprägter Debatten um Asyl und Migration sowie des Aufstiegs der »Republikaner«¹³ hoffte die GdNF auf einen politischen Achtungserfolg. Ihr provokantes Auftreten mobilisierte jedoch Reaktionen politischer Gegner*innen und führte zu einem Verbot der Nationalen Sammlung Anfang 1989. Dem Verbot folgten interne Streitigkeiten, Rückzüge und die Ausrufung halbgarer neuer Projekte ohne jede Wirkung. Auch die DA als Teil des Netzwerks fristete in den ersten Monaten ihrer Existenz ein Schattendasein. Das baldige Ende der DDR erwartete – wie allerdings alle politischen Spektren in der Bundesrepublik – niemand in der Führungsriege, dementsprechend gab es auch keinerlei Vorbereitung für mögliche Agitations- und Organisationsversuche.¹⁴ Der entmutigte Kreis um den bereits tödlich erkrankten Kühnen stand im Herbst 1989 zunächst in einer Sackgasse.

Trotz dieser Krise verfügten die Bewegungsunternehmer¹⁵ des personalistischen Netzwerks der GdNF weiterhin über Netzwerke, Ressourcen, Erfahrung und eine grundsätzliche Mobilität. Ihnen ermöglichte die historische, für das neonazistische Spektrum glückliche Fügung des Mauerfalls, neue Betätigungsfelder in der DDR suchen zu können. Die Wahl auf Cottbus fiel dabei nicht auf der Grundlage einer tiefergehenden strategischen Analyse, sondern nur aufgrund zufälliger persönlicher Kontakte.

Berlin/Boston 2023, S. 97-118; hier S. 108f., 116-118; Ann-Kathrin Mogge: Michael Kühnen (1955-1991). »Ich bin die Wand!«, in: ebd., S. 211-234; hier S. 227-229.

- 13 Vgl. Moritz Fischer: Die Republikaner. Die Geschichte einer rechtsextremen Partei 1983-1994, Göttingen 2024.
- 14 Eine ausführliche Darstellung der Vorgänge in und um Langen wird in meiner Dissertation abgebildet sein, vgl. zudem Gideon Botsch: Vor Hoyerswerda. Zur Formierung des Neonazismus in Brandenburg, in: Kleffner/Spangenberg (Anm. II), S. 45-61; hier S. 54; Peter Holle: Stadt Langen – das fünfte Quartal, Langen 2008, S. 11-15.
- 15 Zum Begriff der Bewegungsunternehmer, die als zentrale Führungsfiguren »politische Gelegenheiten nutzen, kollektive Identität kreieren und Menschen gegen ihre Widersacher organisieren«, vgl. Rainer Erb: Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 142-176; hier S. 143f.

Der 1966 in Cottbus geborene Frank Hübner, der Mitte der 1980er Jahre wie sein Bruder Peter als politischer Häftling von der Bundesrepublik freigekauft worden war,¹⁶ fuhr im Dezember 1989 als DA-Mitglied »mit dem Kofferraum voll Material« in seine Heimatstadt. Er traf dort »glücklicherweise« – also mehr oder weniger zufällig – auf eine bereits bestehende Skinhead-Gruppe um die prägenden Protagonisten Karsten Wolter und René Koswig, von denen er zuvor laut eigener Aussage nur »zwei, drei [...] flüchtig« aus Discotheken gekannt hatte.¹⁷ Hübner hatte sich nach seiner Ankunft in Hessen der extremen Rechten angenähert. Er trat zunächst der DVU bei, bis er 1988 schließlich Mitglied in der Nationalen Sammlung und damit Teil von Kühnens Organisationsgefüge wurde.¹⁸ Für die Zeit seines politischen Aktivismus in Langen gibt es keinerlei Belege für eine besonders aktive Rolle Hübners. Stattdessen stellte der Mauerfall für ihn eine unerwartete Gelegenheit dar, eine führende Funktion in seiner Heimatstadt einzunehmen.

Ein Bericht der *Neuen Front*, des zentralen Publikationsorgans der GdNF, aus dem März 1990 zeigt auf, dass sich Mitstreiter wie Hübner in den Augen der westdeutschen »Kader« auf die Kontaktaufnahme mit »mitteldeutschen« SympathisantInnen beschränken sollten. So wird in ihm zwar die hohe Bedeutung der »persönlichen Kontakte und Freundschaften« der »freigekauften Häftlinge, Flüchtlinge und Übersiedler« betont, die »alte Verbindungen« aufgenommen und so den Weg für den Aufbau von Ortsverbänden freigemacht hatten.¹⁹ Zugleich verwies der – freilich von der westdeutschen Führungsebene verfasste – Bericht aber auf die koordinierende Rolle des »Parteivorstand[es] West«, da die neuen ostdeutschen Ortsverbände untereinander keinen Kontakt gehabt hätten und somit für gemeinsame Besprechungen nach Frankfurt am Main reisen mussten.²⁰

In der Tat unterstützte die GdNF um Kühnen die entstehenden DA-Strukturen in Cottbus in der Hoffnung des politischen Bedeutungsgewinns und der Selbstvergewisserung als historische Führungsfiguren.

16 Christoph Kopke: Die »nationale Bewegung« in Brandenburg: rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Vereinigungen seit 1990; ein Überblick, in: Julius H. Schoeps u. a.: Rechtsextremismus in Brandenburg: Handbuch für Analyse und Prävention und Intervention, Berlin 2007, S. 69-90, S. 73.

17 Burkhard Schröder: Rechte Kerle. Skinheads, Faschos, Hooligans, Hamburg 1992, S. 86.

18 Zum Lebenslauf Hübners seit seiner Übersiedlung vgl. ebd., S. 77-86. Allerdings basiert die Darstellung beinahe gänzlich auf den Narrativen Hübners selbst.

19 Die Neue Front, Nr. 70, März 1990, Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz), Bl. 38.

20 Die Neue Front, Nr. 70, März 1990, Apabiz, Bl. 38.

So stellten beispielsweise die AktivistInnen in Langen im März 1990 für den Cottbuser Ortsverband Flugblätter mit der Losung der wirklichen »Wiedervereinigungspartei« her.²¹ Dies lag nicht nur in der sich abzeichnenden historisch günstigen Situation begründet, vom Nationalismusschub des Wendjahres profitieren zu können. Die westdeutsch dominierte GdNF verfügte im Jahr 1990 auch nur über eine sehr begrenzte Zahl an Ost-Kontakten, in die sie ihre Erwartungen projizieren konnte. Obgleich im erwähnten Bericht eine große Zahl an Geflüchteten und Freigekauften aus der DDR behauptet wird, die in den eigenen Reihen aufzufinden seien,²² war der Aufbau der DA kein Massenphänomen. Nur einzelne freigekaufte oder ausgereiste Interessierte hatte das Netzwerk um Kühnen in Langen rekrutieren können. Neben Rainer Sonntag in Dresden, der trotz der späteren Proklamierung als Märtyrer intern umstritten war und anstelle der DA als anvisierte starke »mitteldeutsche« Partei bis zu seinem baldigen Tod lieber eigene Gruppen aufbaute,²³ ist letztendlich nur Hübner als ehemaliger Freigekaufter bekannt, der im Sinne der GdNF dauerhaft und mit Erfolg in die eigene Heimatstadt zurückkehrte.

Laut eigener Darstellung konnte Hübner bestehende informelle soziale Netzwerke ohne größeren organisatorischen Aufwand in Parteistrukturen überführen.²⁴ In Cottbus traf er auf eine Gruppe von jungen Männern, die ab 1986 die erste größere Skinhead-Clique vor Ort gebildet hatten und im Frühjahr 1988 wegen diverser Gewaltdelikte kollektiv zu Haftstrafen verurteilt worden waren. Wie auch in anderen Städten und Regionen der DDR hatte sich somit auch in Cottbus eine rechts dominierte Skinhead-Subkultur herausgebildet, aus deren Reihen heraus mit einer gewaltsamen Straßenpolitik völkische Ordnungsvorstellungen durchgesetzt werden sollten. Die steigenden rechten Gewalttaten konnten die staatsantifaschistischen Repressionsorgane des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und der Volkspolizei (DVP) nur phasenweise eindämmen.

21 Die Deutsche Alternative – die Wiedervereinigungspartei, Ortsverband Cottbus: Aufruf, Langen, März 1990, Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStAD), O 67, Nr. 268. An anderer Stelle sind auch die Lieferungen einer Vielzahl an Flugblättern erwähnt, vgl. Die Neue Front, Nr. 72, Mai 1990, Apabiz, Bl. 40.

22 Die Neue Front, Nr. 70, März 1990, apabiz, Bl. 38.

23 Vgl. ID-Archiv im ISSG (Hg.): Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP, Amsterdam/Berlin 1992, S. 95-98; Lazaros Miliopoulos: Sachsen – Eine Hochburg der NPD? Entwicklung, Perspektiven und Einordnung des sächsischen Landesverbandes der NPD, in: Steffen Kailitz/Uwe Backes (Hg.): Sachsen. Eine Hochburg des Rechtsextremismus? Göttingen 2020, S. 201-216; hier S. 206.

24 Vgl. die folgende Biografie, deren Autor der extremen Rechten zugerechnet werden kann: Werner Bräuninger: Kühnen. Portrait einer deutschen Karriere. Die Biographie, Bad Schussenried 2016, S. 460.

Ebenso wenig gelang ein umfangreiches Zurückdrängen von rechten Cliquen, die über persönliche Bekanntschaften lokal oder (über-)regional miteinander verflochten waren; wenigstens die Gründung formaler Organisationen des extrem rechten Spektrums war aber vor dem Mauerfall nicht möglich. Die politische Einstellung der Cottbuser Skinhead-Clique noch vor dem Mauerfall ist Befragungsprotokollen zu entnehmen: MfS und Kriminalpolizei hatten die Beschuldigten 1988 auch abseits der Ermittlungen intensiv verhört, um das Skinhead-Phänomen genauer zu ergründen. Aus ihnen ging hervor, dass die Angehörigen der Clique zwar die nationalsozialistische Herrschaft ablehnten – dies womöglich aus taktischen Gründen –, sich aber mehrheitlich die Wiedererrichtung eines Großdeutschlands wünschten. Sie einte zudem ein manifester Rassismus gegen »Ausländer«. Einer der Skinheads wohnte nicht in Cottbus, sondern in Hoyerswerda. Er verdeutlichte seine Bereitschaft zur Tat, indem er auf zwei örtliche Wohnkomplexe mit schwarzen und polnischen Anwohner*innen verwies. Er fühlte sich in seiner Selbstzuschreibung als Skinhead dazu »berufen«, Gewalt gegen »Ausländer« einzusetzen, um sie vertreiben. Bereits drei Jahre vor dem Pogrom in Hoyerswerda sahen sich somit Skinheads aus der Region in dem Glauben, noch in der späten DDR als eine Art Avantgarde für ein imaginiertes Volk Gewalt gegen als Feinde markierte Gruppen ausüben zu dürfen.²⁵ In der Aussage zeigte sich zudem der Rekurs auf Krisenphänomene der späten DDR, da sich der befragte Skin auf den allgemeinen Wohnraummangel bezog²⁶ und »Ausländern« die Schuld dafür gab, keine geeignete Wohnung zu finden.²⁷ Die DA verknüpfte spätestens 1991 die unerwünschte Präsenz von Migrant*innen mit den neuen Krisenerfahrungen Arbeitslosigkeit und Unsicherheit – doch direkt nach dem Mauerfall waren es zunächst neue, nationalistisch fundierte Handlungsspielräume, mit denen völkische Ordnungsvorstellungen plötzlich umsetzbar erschienen.

25 Für einen ausführlichen Beitrag zur ersten bekannten rechten Skinhead-Gruppe in Cottbus vgl. Eric Angermann: »Tritt – oder du wirst getreten«. Die Gewaltpraxis der ersten rechten Skinheads in Cottbus 1986 bis 1989, in: Gideon Botsch/Gesa Köbberling/Christoph Schulze (Hg.): Rechte Gewalt. Aktuelle Analysen und zeit-historische Perspektiven auf das Land Brandenburg, Berlin 2023, S. 192-222.

26 Vgl. André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 208 f.

27 BArch, MfS, HA IX, Nr. 1278, Bl. 118.

Die Gewaltpraxis der DA in der »göttliche[n] Zeit der Anarchie«

Mehrere Angehörige dieser ersten Skinhead-Clique, die inzwischen teilweise auch als sogenannte »Faschos« mit Seitenscheitel auftraten,²⁸ bildeten nun mit Hübner den Kern der DA in Cottbus. Innerhalb weniger Monate versammelten sie mehrere Dutzend Mitglieder und Interessierte um sich. Völlig offen und offensichtlich ohne Angst vor rechtlichen Konsequenzen berichtete die DA aus Cottbus bereits für den 14. April 1990, dass sie nach dem örtlichen Osterfeuer mit »30-35 Mann« ein linkes Zentrum gestürmt und dort ein Konzert gewaltsam zum Abbruch gebracht habe. Für den Tag zuvor berichtete sie von einem ersten Aufmarsch in der Stadt, bei dem TeilnehmerInnen neben der Losung »Deutsche Jugend für Deutsche Einheit« rassistische Parolen gegen »Ausländer« skandierten.²⁹ Cottbus war schließlich auch Ort des Gründungsparteitages des Brandenburger Landesverbandes der DA, der am 25. August 1990 stattfand. Bereits die Anwesenheitsliste dieses Treffens zeigt, dass sich die DA in dem bald existierenden Bundesland auf Cottbus und die Lausitz konzentrierte. Die 20 anwesenden Personen³⁰ wählten René Koswig zum Vorsitzenden des zweiten Landesverbandes neben Bremen,³¹ seine Stellvertreter waren zwei ähnlich junge Männer aus Cottbus und Lübben. Wolters Wohnanschrift fungierte als offizielle »Landesgeschäftsstelle«.³² Dem faktischen Anführer in Cottbus, Frank Hübner, stellte ein weiteres DA-Mitglied, den das MfS zu DDR-Zeiten als Punker zum Umfeld der ersten Skinhead-Clique gezählt hatte,³³ anfangs seine Wohnung zur Verfügung.³⁴ Ein interner Kassenbericht weist für den Oktober 1990 schließlich 39 Cottbuser Mitglieder aus.³⁵

Im Frühsommer 1990 hatte sich bereits ein GdNF-»Gau Brandenburg« mitsamt der Kameradschaft Cottbus gebildet, die personell und in ihren Aktionen nahezu identisch mit den entsprechenden DA-Ver-

28 ID-Archiv, Drahtzieher, S. 72 f.

29 Die Neue Front, Nr. 74, September 1990, apabiz, Bl. 43.

30 Deutsche Alternative: Protokoll des Gründungsparteitages des Landesverbandes Brandenburg am 25. 8. 1990 in Cottbus, Bundesarchiv (BArch), B 449/978.

31 Deutsche Alternative (DA): Inhalt, Stand 1. 10. 1990, BArch, ZSG 147/70.

32 Deutsche Alternative an den Bundeswahlleiter, Aachen, 1. 10. 1990, BArch, B 449/978.

33 BArch, MfS, BV Cottbus, Abt. XX, Nr. 380, Bl. 81.

34 Antifaschistisches AutorInnenkollektiv: Hinter den Kulissen ... Faschistische Aktivitäten in Brandenburg, Berlin 1994, S. 42 f.

35 ID-Archiv, Drahtzieher, S. 73.

bänden waren – eigentlich sollte die DA als eine politische Vorfeldorganisation des angeblichen »Kader«-Netzwerks der GdNF dienen. Ein Aktionsbericht der *Neuen Front* erwähnt für die letzten Monate der DDR Kameradschaftsabende mit 30 bis 45 TeilnehmerInnen, ein Zeltlager und ein Gautreffen mit 120 Anwesenden, das in einem Dorf im Spreewald stattfand. Auch eine zweite Demonstration des Jahres war aufgelistet: Sie fand in Guben³⁶ im Vorfeld des Abschlusses des Zwei-plus-Vier-Vertrags an der deutsch-polnischen Grenze statt. Die DA als »Wiedervereinigungspartei« richtete sich genau gegen diese mit dem Anspruch, weiter für ein imaginiertes Deutsches Reich kämpfen zu wollen. Auf diesem Weg wollte sie sich – wie die neonazistische Rechte allgemein – als wahre nationale Kraft im Jahr der Einheit darstellen.³⁷ Für ihren Aufmarsch in Guben suchte die Cottbuser DA den Schulterchluss mit einer besonders aktiven rechten Szene vor Ort, die zum Beispiel für einen massiven Angriff auf ein von Autonomen besetztes Haus verantwortlich zeichnete.³⁸ Eine weitere Demonstration gegen die Oder-Neiße-Grenze erfolgte Anfang Dezember 1990, wobei dieses Mal die Polizei mit der Unterstützung westdeutscher Bundesgrenzschutz-Beamt*innen einschritt und in Guben wie auch kurz darauf in Cottbus dutzende Neonazis um Kühnen kurzzeitig festnahm.³⁹

Eine weitere von der Polizei ungestörte Aktion, die Neonazis am 2. Oktober 1990 und somit am Vorabend des offiziellen Tags der deutschen Einheit durchführten, fand sich in seiner Gewaltdimension nicht in der

36 Die Neue Front, Nr. 76, November/Dezember 1990, Apabiz, Bl. 31 f. In Guben hatte die DA Kontakte zur Neonazi-Gruppierung Gubener Heimatfront, vgl. Schröder (Anm. 17), S. 27.

37 Vgl. Gideon Botsch/Christoph Schulze: »Come together in Rostock«. Gewalt und rechtsextreme Organisation im Transformationsprozess, in: Kössler/Steuer (Anm. 8), S. 128-150; hier S. 134.

38 Vgl. Chronologie: Naziüberfälle & rechte /rassistische Gewalt in der DDR, <http://www.antifa-nazis-ddr.de/naziueberfaelle-auf-besetzte-haeuser-linke-treffpunkte-in-der-ddr-19891990/>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

39 Vgl. Christoph Schulze: Das Jahrzehnt der Glatzen. Eine Chronik, in: Kleffner/Spangenberg (Anm. 11), S. 252-267; hier S. 253. Neonazistisch geprägte Proteste an der deutsch-polnischen Grenze sollten erste einige Monate später Anklang in der Bevölkerung finden, als sie sich mit einem antislawischen Rassismus gegen Pol*innen richteten und im Zusammenhang mit verbreiteten ökonomischen und sicherheitspolitischen Ängsten standen, vgl. Christoph Schulze: Auftakt zur Pogromzeit. Der polenfeindliche Grenzkrawall im April 1991 in Frankfurt (Oder), in: Botsch/Köbberling/Schulze (Anm. 25), S. 223-250; zu antipolnischen Ressentiments bereits zu DDR-Zeiten vgl. Jonathan R. Zatlin: »Polnische Wirtschaft« – »deutsche Ordnung? Zum Umgang mit Polen in der DDR, in: Christian Th. Müller/Patrice G. Poutrus (Hg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 295-315.

Auflistung der Neuen Front. Ungefähr 80 TeilnehmerInnen – also ungefähr so viele wie auf der Demonstration vier Wochen zuvor – zogen mit Hakenkreuzfahnen zu einem Wohnheim mosambikanischer Vertragsarbeiter*innen, griffen es mit Steinen an und setzten einen Kleinbus mit polnischem Kennzeichen in Brand. Ein ähnlicher Angriff wurde in der gleichen Nacht in Hoyerswerda verübt – ein Vorbote des Pogroms im August 1991. Ähnliche Angriffe erfolgten in vielen weiteren Städten vor allem Ostdeutschlands – und machten aufgrund der schweren Bewaffnung und der Gleichzeitigkeit der dutzenden Angriffe einen organisierten Eindruck.⁴⁰ Extrem rechte Akteure waren somit in Ostdeutschland binnen eines Jahres in der Lage, überregional koordinierte Angriffe mit mehreren hundert TeilnehmerInnen durchzuführen.

In den Aufmärschen und Angriffen spiegelt sich das politische Klima des Wendjahres 1990 wider, das den erheblichen Zulauf zur DA in und um Cottbus maßgeblich begünstigte. Der »nationale Taumel«⁴¹ bestärkte die Cottbuser DA-Gründungsmitglieder in ihren politischen Überzeugungen. Schließlich hatte die Hoffnung auf ein geeintes Deutschland schon zu den grundsätzlichen Positionen der ersten rechten Skinheads in der Stadt gehört. Nach dem Untergang des verhassten kommunistischen Regimes, dessen Institutionen Teile der Cottbuser DA-Führungsspitze inhaftiert hatte, eröffnete sich in unüberschaubarem Tempo der politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen gar ein – letztlich unrealistischer – Möglichkeitshorizont für ein homogenes Deutschland in früheren Grenzen. Denn rechte Skinheads und »Faschos«, die schon in der späten, krisenhaften DDR ein Sinnbild für den Bedeutungsverlust des einstmals kraftvollen gesellschaftlichen »Bindemittel[s]« Antifaschismus waren,⁴² besaßen 1990 eine bis dahin ungeahnte Handlungsmacht. Diese glich jener von Akteuren des ebenfalls zuvor gegängelten alternativen Milieus, für die bereits ein »wunderbare[s] Jahr der Anarchie«⁴³ festgestellt

40 Initiative zweiteroktober90: Die Gewalt der Vereinigung, o. O., 2021, S. 14 f., 22. Vgl. zu den dutzenden Angriffen in der Nacht der deutschen Einheit auch die Homepage der Initiative: <https://zweiteroktober90.de/>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

41 Lydia Lierke/Massimo Perinelli: Intro, in: dies. (Hg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020, S. 11-29; hier S. 11.

42 Christina Morina: »Antifaschistisch-demokratische Umwälzung«. *Geschichte und politische Kultur in der DDR*, in: Frei/Maubach/Morina/Tändler (Anm. 3), S. 43-65; hier S. 54.

43 Christoph Links/Sybille Nitsche/Antja Taffelt: *Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90*, Berlin 2004.

wurde, in dem sie sich mit der »Kraft des zivilen Ungehorsams«⁴⁴ über alte Regeln hinwegsetzten. Auch der neonazistische – und ostdeutsche – Aktivist Michael »Lunikoff« Regener, der wenige Jahre später als Frontmann der Rechtsrock-Band »Landser« auftrat, spricht über die direkten Wende-Jahre rückblickend als »göttliche Zeit der Anarchie«, in der die Volkspolizei »völlig eingeschüchtert« gewesen sei und sie »machen« konnten, was »sie wollten«.⁴⁵ Denn während linksalternative Akteure auch in Cottbus (sub-)kulturelle und politische »Freiräume« schufen, setzte die DA und ihr Gefolge temporäre Angsträume in einer instabilen, ihrer weltanschaulichen Legitimation entledigten sozialen Ordnung durch, in der das staatliche Gewaltmonopol drastisch an Durchsetzungskraft verloren hatte.⁴⁶ Auf diesem Wege wuchs die DA in Cottbus im Jahr 1990 mit ihrer massiv präsenten Gewaltpraxis bereits zu einer machtvollen Größe im öffentlichen Raum heran.

Das Selbstbewusstsein rechter Straßenakteure im revolutionären Umbruch drückte sich auch in einem beinahe vergessenen Vorfall aus, der sich im ebenfalls in Südbrandenburg gelegenen Zossen ereignete. Hier griffen bereits im Januar 1990 dutzende Skins und andere junge Männer Soldaten der sowjetischen Streitkräfte, die im nahen Wünsdorf, dem zentralen Militärstandort der Sowjetunion in der DDR, stationiert waren, und deren jugendliche Angehörige an. Sie attackierten diese körperlich, formierten mit der Parole »Russen raus!« kurzzeitig einen Demonstrationzug und machten sich mit der Bahn auf den Weg in die vormals für DDR-Bürger*innen »verbotene Stadt« Wünsdorf,⁴⁷ um einen »Schlagbaum der Russenkaserne« zu stürmen.⁴⁸ Die Volkspolizei stoppte die insgesamt 54

44 Jakob Warneke: »Wir können auch anders«. Entstehung, Wandel und Niedergang der Hausbesetzungen in Potsdam in den 1980er und 1990er Jahren, Berlin 2019, S. 104.

45 Michael »Lunikoff« Regener: Wendejahre: Die »göttliche Zeit der Anarchie«, in: Sascha Krolzig (Hg.): Siegfried Borchardt. Erinnerungen an eine Legende, Dortmund 2023, S. 200 f.; hier S. 201.

46 Vgl. hierzu auch den Idealtypus des Gewalttraums in Felix Schnell: Semantische Verarmung der Kommunikation. Die Leere des Gewalttraums, in: Ulrike Jureit (Hg.): Umkämpfte Räume. Raumbilder, Ordnungswille und Gewaltmobilisierung, Göttingen 2016, S. 29-49; hier S. 32.

47 In Wünsdorf befand sich ab 1953 u. a. der Dienstsitz des Oberbefehlshabers der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, vgl. Jens Fehlauer: Wünsdorf/Zossen. Entwicklung eines Militärstandorte, in: Brandenburgische Denkmalpflege 6.2 (1997), Heft 2, S. 24-30; hier S. 28-30.

48 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Kriminalpolizei Dezernat III: Sachstandsbericht über die Mitwirkung des VPKA Zossen zum Rowdytum am 28. 1. 1990 auf der Reichsbahnstrecke Wünsdorf – Zossen, Potsdam, 1. 2. 1990, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Rep. 471, BdVP Pdm Nr. 848, Bl. 2.

Personen erst am Bahnhof der Stadt.⁴⁹ Dieser Gewaltakt gegen die frühere Besatzungs- und Garantiemacht der DDR wäre in diesem Ausmaß und in dieser Vehemenz noch drei Monate zuvor völlig undenkbar gewesen. Er verdeutlicht das relative Machtvakuum im letzten Jahr des untergehenden Staats – und den Willen nationalistischer GewalttäterInnen, mindestens die Dominanz auf den Straßen für sich zu sichern.

Angesichts der zahlreichen rechten Angriffe allein in der Lausitz, die im Fahrwasser des Vereinigungsnationalismus stattfanden, lässt sich hinterfragen, ob die Anzahl rechter Gewalttaten tatsächlich erst infolge des bundesweit mobilisierenden Pogroms von Hoyerswerda im August 1991 exponentiell zunahm. Die Quellenfunde legen nahe, dass besonders Ereignisse wie der Tag der deutschen Einheit oder der Titelgewinn bei der Fußballweltmeisterschaft im Juli 1990⁵⁰ mit ihren Glorifizierungen der gestärkten und geeinten Nation zu einer massiven nationalistischen Gewaltwelle anspornten. Des Weiteren ist auch für die Lausitz von einer hohen Dunkelziffer von Gewalttaten auszugehen, die selbst in den Hinterlassenschaften rechter Täter*innen oder in denen ihrer Opfer keinen Eingang fanden.⁵¹ Zur relativen Unsichtbarkeit der rechten Gewalt der DA und ihres Umfeldes trug ferner das noch nicht sonderlich ausgeprägte Medieninteresse an der Partei in Cottbus bei, welche die Berichterstattung als aufsehenerregendes Beispiel für den erstarkten Neonazismus im Osten der Republik erst nach dem bundesweiten wie internationalen Medienereignis »Hoyerswerda« prägte.

Auch polizeiliche Statistiken können für das Jahr 1990 im noch existenten DDR-Bezirk Cottbus nicht als eine relevante Quelle für die quantitative Verbreitung rechten Gewalthandelns dienen. Der Archivbestand der zuständigen Bezirksbehörde, dem auch der Angriffversuch in Wüns-

49 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei, Kriminalpolizei Dezernat III: Sachstandsbericht über die Mitwirkung des VPKA Zossen zum Rowdytum am 28. 1. 1990 auf der Reichsbahnstrecke Wünsdorf – Zossen, Potsdam, 1. 2. 1990, BLHA, Rep. 471, BdVP Pdm Nr. 848, Bl. 3.

50 Der Zeitzeuge Jurij Nagora erinnert sich an eine große Menge von Rechten, die nach dem WM-Sieg mit »Sieg Heil«-Grüßen durch die Innenstadt zog, vgl. Zeitzeugengespräch mit Jurij Nagora, Berlin, 29. 7. 2022.

51 Grundsätzlich stellt sich bei ostdeutschen Zeitzeug*innen bezüglich ihrer Erinnerungen zum Umbruchsjahr 1990 die Frage, inwiefern Lücken und Verzerrungen aufgrund des überraschend raschen Tempos der Veränderungen noch ausgeprägter vorliegen als ohnehin schon, vgl. Christiane Kuller/Patrice G. Poutrus/Alexander Walther/Max Zarnojanczyk: »Also wenn man es jetzt mal resümieren wollte ...« Lebenserinnerungen an die DDR, den politischen Umbruch von 1989/90 und die Transformation der ostdeutschen Arbeitswelt. Ein Werkstattbericht, in: Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen (Hg.): Jahrbuch Deutsche Einheit 2023, S. 225-250; hier S. 240.

dorf entnommen werden konnte, ist nur noch bruchstückhaft vorhanden. Den sich hier abzeichnenden »krisenhaften Umbruch der Organisation Polizei«,⁵² der nach den Mauerfall in Ostdeutschland und dem raschen Bedeutungsverlust der alten staatlichen Ordnung einsetzte, skizziert auch ein Zeitzeuge in seinen Erinnerungen. Er begann in Cottbus 1983 seinen Dienst als Volkspolizist, arbeitete ab 1985 in der Kriminalpolizei und wechselte schließlich nach der Übernahme in den gesamtdeutschen Polizeidienst 1992 in den polizeilichen Staatsschutz. Er zeichnet ein Bild der »verunsicherte[n] Institution«,⁵³ die bereits 1990 nur eingeschränkt handlungsfähig gewesen sei. Als Gründe hob der Zeitzeuge einen enormen personellen Aderlass, der im Zusammenhang mit einem allgemeinen Stellenabbau und der Überprüfung einer möglichen politischen Vorbelastung aus DDR-Zeiten bestand, und eine große Unsicherheit hinsichtlich der nun gültigen Rechtsprechung hervor, die sich gerade auf die Zeit zwischen dem Mauerfall und dem Tag der Deutschen Einheit bezog. Dies galt auch für den Bereich Rechtsextremismus, für den die Volkspolizei erst nach der Auflösung des MfS und ohne größere Vorerfahrungen vollends verantwortlich war. Zudem hätten er und seine Kolleg*innen nur »wenige Monate« Zeit gehabt, um in verpflichtenden Fortbildungen bundesrepublikanische Rechts-, Verhaltens- und Taktikgrundsätze zu verinnerlichen. Aufgrund dessen sei die Polizei in hohem Maße »mit [sich] selbst beschäftigt« gewesen. Zudem führte der Zeitzeuge die Erfahrung des gesellschaftlichen Umbruchs auch für den privaten Bereich an, die eine zusätzliche Belastung dargestellt und demotivierend gewirkt hätten.⁵⁴

Neben diesen Aspekten, die auch in der polizeihistorischen Forschung als maßgebliche Gründe für ein unzureichendes Agieren der ostdeutschen Polizei gegen rechts benannt werden,⁵⁵ ist aber auch eine fehlende Sensibilisierung für ein Eingreifen gegen neonazistische Aktionen feststellbar. Die Volkspolizei setzte bei einem Einsatz beim DA-Parteitag am 7. Juli 1990 in Kiekebusch sogar eine Spezialeinheit ein, um Kühnen wegen

52 Patrick Wagner: »Smooth-Policing« gegen rechte Gewalt. Die Polizei in den ersten Jahren der ostdeutschen Transformation, in: Kössler/Steuer (Anm. 8), S. 156-174; hier S. 170.

53 Hans-Gerd Jaschke: Eine verunsicherte Institution. Die Polizei in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, Frankfurt a. M. 1994, S. 305-339.

54 Zeitzeugengespräch, Cottbus, 21. 4. 2022.

55 Als weiterer entscheidender Faktor gilt ferner das Bild der (integrierten) Volkspolizei als Symbol der alten, untergegangenen Ordnung, so dass die Polizei in der Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer über wenig Vertrauen verfügte, vgl. Wagner (Anm. 52), S. 159-161.

eines länger bestehenden Haftbefehls festzunehmen. Sie wollte mit dem medial inszenierten Vorgehen offensichtlich eine weiterhin bestehende Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Auf eine Auflösung der Veranstaltung verzichteten die Verantwortlichen aber, obwohl Zeitungsberichte von »Sieg Heil«-Rufen berichteten und Fotos abdruckten, auf denen Neonazis den Hitlergruß zeigten.⁵⁶ Der Direktor der VP-Bezirksbehörde behauptete jedoch in einem Interview, dass keine »faschistische[n] Aktivitäten« festgestellt werden konnten und die Situation der Volkspolizei dementsprechend keine Handhabe geboten habe.⁵⁷ Zwar mag es Unsicherheiten hinsichtlich der Rechtsprechung gegeben haben – doch die Gesetzgebung beinhaltete weiterhin ein Einschreiten gegen nunmehr »nationalsozialistisch« statt »faschistisch« genannte Propaganda, Völker- und Rassenhetze.⁵⁸

Das Prosperieren der Cottbuser DA

Hinsichtlich der staatlichen Verfolgung sprechen somit viele Faktoren für umfassende Handlungsspielräume der Cottbuser DA im ersten Jahr ihres Bestehens. Hervorstechend an der Stadt in der Lausitz ist zudem die verhältnismäßig frühe Organisierung von Skinheads und weiteren AnhängerInnen in einer neonazistischen Partei, die in ostdeutschen Bundesländern in den frühen 1990er Jahren nur punktuell gelang.⁵⁹ Wichtige Gründe hierfür waren sicherlich die enge Vernetzung örtlicher Aktivisten mit der GdNF-Führungsebene und die daraus resultierende westdeutsche Fokussierung auf Cottbus als einer der maßgeblichen Betätigungsorte. Besonders hervorgehoben werden muss aber der Tatendrang der führenden Cottbuser DA-Mitglieder, die mit ihrem im revolutionären Umbruch gestiegenen Selbstbewusstsein und einer offenkundigen Führungsstärke bereits im September 1991 die Spitze der gesamtdeutschen DA übernehmen

56 Lausitzer Rundschau: Schwarze Stiefel, braune Hemden und »Sieg Heil«, 9. 7. 1990, S. 2, HStAD, O 67, Nr. 140.

57 Neues Deutschland: Polizei in Kiekebusch auf dem rechten Auge blind?, 10. 7. 1990, o. S.; ich danke Alexander Lorenz-Milord für den Hinweis.

58 Herwig Roggemann: Das Recht als Instrument im Kampf um die Machterhaltung – die letzten Jahre der DDR, in: Deutscher Bundestag (Hg.): Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. 4: Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat (Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«), Frankfurt a. M. 1995, S. 761-848; hier S. 824.

59 Botsch (Anm. 3), S. 102.

sollten. Aus diesem Blickwinkel ist davon auszugehen, dass die Cottbuser Führungsgruppe um Koswig, Carsten Wolter und Hübner den persönlichen Zugang zu Organisationswissen und Strukturen nutzte, um in Cottbus im Sinne der GdNF, aber auch nach ihrem eigenen Willen eine neonazistische Organisation samt einem Netzwerk in der Region aufzubauen.

Natürlich darf ein westdeutscher Einfluss nicht völlig außer Acht gelassen werden. Mit Sicherheit bestärkten Auftritte einer Führungsperson mit Strahlkraft wie Kühnen die politische Haltung von DA-Mitgliedern, wenn er etwa beim genannten Parteitag im Juli 1990 vor 150 bis 200 Personen in einer Gaststätte in Kiekebusch auftreten sollte.⁶⁰ Schließlich war er bereits im Jahr 1984 für neonazistisch orientierte Personen in Cottbus ein Vorbild, wie eine selbst hergestellte und durch das MfS beschlagnahmte Collage zeigt, auf der u. a. ein Bild von Kühnen zu sehen ist.⁶¹ Doch die wenigen kurzen Auftritte des zeit seines Lebens unsteten und körperlich bereits sehr geschwächten Kühnen dürften für das Gros der AktivistInnen keine bedeutendere sinnstiftende Rolle gespielt haben als die gemeinschaftlich begangene politische Alltagspraxis in einer biografisch und (sub-)kulturell geteilten Lebenswelt. Hierauf verweist auch der genauere Blick auf den vom Ortsverband organisierten Parteitag in Kiekebusch, bei dem Kühnen gleich zu Beginn vorübergehend festgenommen worden war.⁶² Die Veranstaltung »litt« unter dem großen Polizeieinsatz »keinesfalls«, wie es ein Reporter der *Lausitzer Rundschau* kommentierte: »Unter dem Beifall der Neonazis, markigen Sprüchen, bei reichlich Bier ging der Parteitag der ewig Gestrigen über die Bühne. Es ging also auch ohne Kühnens Erfahrung.«⁶³ Auch die westdeutsche GdNF-Führungsriege zollte den Organisationserfolgen ihrer Cottbuser Kameraden zwei Monate später Beifall, indem sie deren Fähigkeit hervorhob, »aus eigener Kraft mehr als hundert Aktivisten« zusammenzubringen – während sie selbst diese Zahl nur mit ausreichend überregionaler Mobilisierung erreicht hätten.⁶⁴ Die hohe intrinsische Motivation der lokalen Neonazis bei ihrer Etablierung der numerisch stärksten und bald auch politisch wirk-

60 Weitere Redner der Veranstaltung waren Brehl und Küssel, vgl. *Lausitzer Rundschau*: Schwarze Stiefel, Braune Hemden und »Sieg Heil«, 9. Juli 1990, S. 2, HStAD, O 67, Nr. 140.

61 BArch, MfS, BV Cbs, AOP, Nr. 1771/85, Bd. 1, Bl. 199.

62 Nach einer Nacht entließ die Polizei Kühnen wieder, vgl. Neonazi Kühnen nach Festnahme wieder frei, *taz*, 9. 7. 1990, o. S., Niedersächsisches Landesarchiv Hannover (NLA HA), Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 8.

63 *Lausitzer Rundschau*: Aus meiner Sicht: Braunes Spektakel, 9. Juli 1990, S. 1, HStAD, O 67, Nr. 140.

64 Bericht über das Gautreffen Brandenburg vom 15. 9. 1990, o.O., o.D., S. 44 f., HStAD, O 67, Nr. 140.

samsten DA-Gliederung zeigte sich ferner bei der Wahl des Ortes ihres Parteitages. Schließlich griffen sie mit der Gaststätte in Kiekebusch auf eine Lokalität zurück, die einige von ihnen noch aus DDR-Zeiten bestens kannten: Sie war der Treffpunkt einer ersten Skinhead-Clique gewesen.⁶⁵

Als Parteilokal sollte sich aber bald die Gaststätte »Zum Wassermann« in dem direkt neben Kiekebusch gelegenen Vorort Groß Gaglow etablieren. Hier traf sich die DA fortan jeden Mittwochabend im großen Veranstaltungssaal zu ihrem Kameradschaftsabend.⁶⁶ Fernsehaufnahmen einer solchen Versammlung nahmen vor allem junge Männer mit Kurzhaar- oder »Fascho«-Frisur und in szenetypischen Bomberjacken in den Blickpunkt, die das gängige Bild des jungen männlichen Nazi-Skins reproduzierten.⁶⁷ Eine DA-Mitgliederliste aus dem April 1991 bestätigt jedoch die eindeutig männliche Dominanz innerhalb des Cottbuser Ortsverbandes: Von den 42 aufgelisteten Mitgliedern – wobei mindestens Hübner dieser Gliederung nicht zugeordnet ist – sind nur zwei weiblichen Geschlechts. Zudem lassen das junge Alter der örtlichen Führungsriege und die bekannten Lebensdaten weiterer Parteiangehöriger ein überwiegend junges Durchschnittsalter der übrigen Mitglieder vermuten.⁶⁸ Auch die Quellen zur weiteren Entwicklung der Partei verdeutlichen das Bild einer von jungen Männern – und vor allem von Skinheads – dominierten Partei, deren Mitgliederzahlen weiter stiegen: Im Jahr 1992 hatte die DA laut Medienberichten 200 Mitglieder und galt in dieser Hinsicht nach der PDS, der CDU und noch vor der Regierungspartei SPD als drittstärkste Partei in der Stadt.⁶⁹ Der Brandenburger Verfassungsschutz veröffentlichte 1993 allerdings eine Mitgliederzahl von 200 für das gesamte Bundesland.⁷⁰ Lokale SozialarbeiterInnen schätzten das Umfeld der Partei zudem auf 250 SympathisantInnen.⁷¹ Innerhalb der Gesamtpartei mit

65 Vgl. Angermann (Anm. 25).

66 Focus, Die DA in Brandenburg, 15. 12. 1992, RBB-Archiv; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Rechtsextremismus in Brandenburg – gegenwärtiger Stand, Potsdam, August 1993, Infoladen Wildost Cottbus, Bl. 20.

67 Landesschau, Deutsche Alternative, 6. 4. 1992, RBB-Archiv.

68 Insgesamt befinden sich auf der Liste zu diesem Zeitpunkt 327 Mitglieder der DA (davon 72 Mitglieder der FAP Hessen), vgl. Mitgliederliste der Deutschen Alternative, April 1991, Antifaschistisches Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG), Sammlung Deutsche Alternative.

69 Vgl. Der Spiegel: Grüne Stadt mit brauner Jugend, Nr. 48 (1992), S. 43-49; hier S. 43.

70 Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Verfassungsschutzbericht 1993, Potsdam 1993, S. 37.

71 Konzeption der Jugendhilfe Cottbus e. V., November 1991, Infoladen Wildost Cottbus, Bl. 2.

ihren bald 350⁷² bis 700 Mitgliedern⁷³ nahm die Cottbuser Sektion somit eine zentrale Rolle ein.

Auch wenn die genaue Größe der lokalen DA für das letzte Jahr ihres Bestehens unklar bleibt: Einen derartigen Organisierungserfolg in einer einzigen Stadt konnte das dezidiert neonazistische Spektrum der Bundesrepublik bis dato nicht für sich verbuchen. Cottbus entwickelte sich zu einem Anziehungspunkt für das gesamtdeutsche und auch internationale neonazistische Spektrum. Die Selbstzuschreibung als »Deutschlands Hoffnung«⁷⁴ bekräftigten die prominenten Besuche etwa vom bekannten Shoah-Leugner Ernst Zündel aus Kanada,⁷⁵ vom Rechtsterroristen und Ku Klux Klan-Mitglied Dennis Mahon⁷⁶ oder dem neonazistischen Publizisten und Politiker Povl Riis-Knudsen aus Dänemark. Alle traten an Kameradschaftsabenden in Groß Gaglow auf.⁷⁷ Somit konnten sich Cottbuser Neonazis frühzeitig mit GesinnungsgenosInnen aus dem Ausland vernetzen, die mit ihren Besuchen der DA eine erhebliche politische Relevanz zuschrieben und mit ihren inhaltlichen Beiträgen zur Festigung einer genuin nationalsozialistischen Weltanschauung beitrugen, die die führenden Köpfe der DA zu DDR-Zeiten erst in Ansätzen entwickelt hatten.⁷⁸

Ebenso blieb Cottbus weiter Auftrittsort für die Führungsfiguren der GdNF, die sich zum Beispiel am 1. Mai 1991 in der Stadt für ein Strategietreffen versammelten. Bei der anschließenden Versammlung mit knapp 250 TeilnehmerInnen, die den »Tag der Arbeit« propagandistisch verein-

72 Pressemitteilung des Ministeriums des Innern: Bundesinnenminister Rudolf Seiters verbietet rechtsextremistische Vereinigung »Deutsche Alternative«, Bonn, 10. 12. 1992, apabiz, Sammlung DA, Bl. 2.

73 Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 231.

74 So die prägnante Formel der Cottbuser DA, die sie mittels eines großen Transparents auf Veranstaltung und Aufmärschen verbreitete, vgl. Brandenburger Beobachter. Mitteilungsblatt der Deutschen Alternative (DA), Nr. 1, Januar/Februar 1992, apabiz Sammlung DA, Bl. 12; Brandenburger Beobachter. Mitteilungsblatt der Deutschen Alternative (DA), Nr. 2, März/April 1992, apabiz, Sammlung DA, Bl. 17.

75 Brandenburger Beobachter. Mitteilungsblatt der Deutschen Alternative (DA), Nr. 1, Januar/Februar 1992, apabiz, Sammlung DA, Bl. 4.

76 AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 44.

77 Focus, Die DA in Brandenburg, 15. 12. 1992, RBB-Archiv.

78 Nicht genau geklärt ist, inwiefern die Cottbuser DA – ähnlich wie die FAP in Südniedersachsen – mit nationalistisch-kroatischen Kräften im jugoslawischen Bürgerkrieg vernetzt war. Eine Beteiligung von Söldnern aus den Reihen der DA wird in zeitgenössischen Berichten beiläufig erwähnt, vgl. AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 44.

nahmte,⁷⁹ waren unter anderem der Ostberliner Ingo Hasselbach oder Christian Worch genauso zugegen wie der proklamierte Nachfolger des zwischenzeitlich verstorbenen Kühnen: der in seinem Heimatland bald verhaftete und zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilte Österreicher Gottfried Küssel.⁸⁰ Ein der Veranstaltung bald nachfolgender Briefwechsel zwischen Hübner und Brehl veranschaulicht aber, dass die westdeutsche – und über Einzelpersonen auch österreichische – Führungsebene zwar einen richtungsweisenden, aber keinen permanenten Einfluss auf die politische Praxis in der Lausitz ausübte. Thomas Brehl, der sich weiterhin als eine Art Sekretär für das GdNF-Netzwerk versuchte, sendete Hübner für dessen Pressespiegel Artikel über das Wirken der DA in Cottbus zu.⁸¹ Als Brehl im weiteren Verlauf des Briefwechsels auf den neuen »Chef« – so die schon zuvor für Kühnen genutzte informelle Bezeichnung – zu sprechen kam und um Informationen über den aktuellen Stand in der Lausitz bat, antwortete Hübner verwirrt, wer denn nun eigentlich der Chef sei.⁸² Offenkundig hatte Küssel trotz der zuvor in Cottbus getroffenen Absprachen der Führungsebene keinen dauerhaften Einfluss auf das Agieren der DA vor Ort. Spätestens nach Kühnens Tod und trotz einzelner Berichte an die »Gesinnungsgemeinschaft«, die über den Abdruck in der *Neuen Front* aber ohnehin der überregionalen Bewerbung der eigenen Praxis dienten, agierte die DA in Cottbus weitestgehend autonom. Ihre Führungsspitze traf eher Absprachen mit verbündeten Formationen, zum Beispiel im Vorfeld von Aufmärschen wie in Halbe oder Wunsiedel.⁸³ Die GdNF verlor ihre führende und koordinierende Rolle: Statt einer »Gesinnungsgemeinschaft« mit einer mehr oder weniger klar definierten Führungsspitze entwickelten sich nun einzelne Bewegungsunternehmer aus ihr heraus, die regionale Ballungsräume neonazistischen Handelns miteinander in Verbindung brachten und somit das polyzentrische Netzwerk des bewegungsförmigen Neonazismus entstehen ließen.

Ein wesentlicher Grund hierfür lag sicherlich im rasanten Aufschwung neonazistischer oder dementsprechend geprägter Gruppen und »Kamerad-

79 Betr.: Informationsaustausch in Staatsschutzsachen, o. O., o. D., NLA HA, Nds. 147, Acc. 58/95, Nr. 8.

80 Das Urteil erging wegen neonazistischer Wiederbetätigung, vgl. Mecklenburg (Anm. 73), S. 952. Zur Veranstaltung und den weiteren Gästen vgl. Schröder (Anm. 17), S. 48–52.

81 Frank Hübner an Thomas Brehl, Cottbus, 20. 7. 1991, HStAD, O 67, Nr. 2.

82 Thomas Brehl an Frank Hübner, Langen, 6. 8. 1991, HStAD, O 67, Nr. 2; Frank Hübner an Thomas Brehl, Cottbus, 7. 8. 1991, HStAD, O 67, Nr. 2.

83 Mecklenburg (Anm. 73), S. 232.

schaften«, die in ihrer Agilität und in ihrem Ausmaß noch weniger als zuvor von einer bundesweiten Führungsriege weniger Männer gelenkt oder wenigstens angeleitet werden konnten. Besonders beispielhaft ist hier auch die Lausitz: Die Cottbuser DA begann zunehmend, nicht mehr nur eigene DA-Kameradschaften oder -Ortsgruppen wie in Spremberg, Lübben oder Finsterwalde aufzubauen, sondern vernetzte sich mit eigenständig entstandenen Formationen in Guben, Görlitz⁸⁴ oder Senftenberg, wo die »I. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg« im Dezember 1991 einen Menschen ermordete.⁸⁵ Cottbus war somit nur der Mittelpunkt eines weitverzweigten Gefüges, das sich über das gesamte ländliche Umland verbreitete.

Von der Idee der Notwendigkeit einer starken und handlungsfähigen Partei rückte die DA aber bis zu ihrem Verbot nicht ab. Im Gegenteil, angesichts der ungeklärten Hierarchien in der GdNF und der Bedeutsamkeit, die sie selbst wahrnahm und gespiegelt bekam, übernahm die Cottbuser DA-Spitze im September 1991 auf dem Bundesparteitag in Duisburg⁸⁶ die bundesweite Parteiführung. Eines der wenigen weiblichen DA-Mitglieder verfasste ein Protokoll des Parteitages. Diesem ist zu entnehmen, wie der bisherige Vorstand nach »persönlichen Querellen [sic] und endlosen Diskussionen [sic]« geschlossen zurücktrat.⁸⁷ Er hatte mit seiner Initiative, die DA wegen eines möglichen Verbots aufzulösen, keinen Erfolg. Während 80 Mitglieder aus den alten Bundesländern die DA verließen und eigene regionale Strukturen aufbauten,⁸⁸ bestand die Führungsspitze nun aus Hübner als neuem Vorsitzenden, Koswig als seinem Stellvertreter und einem weiteren Vorstandsmitglied aus Senftenberg. Nicht einmal ein Jahr nach der Einheit standen Ostdeutsche an der Spitze einer bundesdeutschen extrem rechten Partei.

84 AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 44.

85 Timo K. musste sterben, weil die »Jagdeinheit« dessen Auto für einen Raubüberfall nutzen wollte, um Schulden aus Waffenkäufen zu tilgen, vgl. Simone Wendler: Die I. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg und der Mord an Timo K., in: Kleffner/Spangenberg (Anm. 11), S. 148-158.

86 Michael Thiel an die »Kameradinnen und Kameraden, Parteigenossen«, Duisburg, 19. 7. 1991, Apabiz, Sammlung DA.

87 Deutsche Alternative, Landesverband Brandenburg, Protokoll des Bundesparteitages der DA am 18. 9. 1991 in Duisburg, Cottbus, o. D., BArch, B 449/978, Bl. 2.

88 Mecklenburg (Anm. 73), S. 232.

Rechte Milieubildung und die Rolle der DA

Doch nicht nur in Bezug auf eine klassische Parteipolitik war die DA in Cottbus bundesweiter wie internationaler Anziehungspunkt. Ihr Erfolg basierte auch auf der geglückten Vereinnahmung der Skinhead-Subkultur. Die DA organisierte Rechtsrock-Konzerte, die ein Anlaufpunkt von Skinheads und Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet waren. Fanzines aus anderen Regionen berichteten ausführlich und teils begeistert von Rechtsrock-Konzerten in Cottbus und Umgebung, die die Dimensionen früherer entsprechender Veranstaltungen im alten Bundesgebiet übertrafen.⁸⁹ Ein besonders prägnantes Beispiel hierfür ist das von der DA organisierte Konzert im Dorf Werben am 3. Oktober 1991 zum einjährigen Einheitsjubiläum, zu dem bis zu 1000 Interessierte strömten, um die britische Rechtsrock-Legende Skrewdriver zu sehen.⁹⁰ Am Vorabend hatte ein britischer Neonazi aus dem Umfeld der Band einen langhaarigen Jugendlichen mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt, den er für einen Linken gehalten hatte. Nach dem Konzert und einem Aufruf des Skrewdriver-Sängers und Mitbegründers des rechtsterroristischen Blood & Honour-Netzwerks Ian Stuart Donaldson versammelten sich 300 Skinheads vor der Cottbuser Polizeiwache zur Unterstützung des inhaftierten Täters und seiner Begleiter.⁹¹ Obgleich diese letztlich nie juristisch belangt wurden, startete Donaldson eine in neonazistischen Kreisen international beachtete Solidaritätskampagne für die »Cottbus Six« als angeblich unschuldige Opfer polizeilicher Verfolgung.⁹² Cottbus als Synonym für den aufstrebenden Neonazismus im Osten Deutschlands stand nun endgültig im besonderen Fokus (inter-)nationaler MitstreiterInnen.

Die organisierte Hinwendung zur Skinhead-Subkultur war völlig selbstverständlich Teil der DA-Jugendarbeit. Sie war der erste große Pfeiler der Parteipraxis, die zur Etablierung eines neonazistisch geprägten Milieus als

89 Vgl. Proißens Gloria. Das Berliner Szenewort, Nr. 5, Mai/Juni 1992, Archiv der Jugendkulturen (AdJ), Bl. 21; das Fanzine der Neonazi-Größe Dieter Riefling, Der Aktivist, Nr. 2, Dezember 1992, AdJ, Bl. 29 f.; United Skins, Nr. 1, 1992, AdJ, Bl. 8 f.

90 Landesschau, Skinheads in Werben, 4. 10. 1991, RBB-Archiv; andernorts werden 800 BesucherInnen genannt, vgl. Christian Dornbusch/Jan Raabe: RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategie, Münster 2002, S. 37.

91 Für eine ausführliche Schilderung vgl. Christoph Schulze: Rechtsrock in Brandenburg. Bands – Konzerte – Netzwerke – Ereignisse, in: Gideon Botsch/Jan Raabe/Christoph Schulze (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin 2019, S. 45-142, hier S. 73-76.

92 Das »Skrewdriver«-Konzert in Brandenburg, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 123, Juli 2019, <https://antifainfoblatt.de/aib123/das-skrewdriver-konzert-brandenburg>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

notwendige vopolitische Basis des politischen Aktivismus beitrug – wobei angesichts der außergewöhnlich hohen Zahl an DA-Mitgliedern in der Region die Frage bleibt, ob Milieu und Partei in Cottbus kurzzeitig nicht sogar in eins zu setzen waren. Dabei gehörte zur jugendpolitischen Praxis der DA nicht nur die punktuelle Organisation von Rechtsrock-Konzerten als Erlebnis- und Radikalisierungsräume junger Skinheads.⁹³ Laut antifaschistischen Quellen hatte die Partei der Region zeitweise sogar fünf hauptamtlich arbeitende Mitglieder, die für die Jugendarbeit zuständig waren.⁹⁴ Zu den hauptamtlichen Mitarbeitern gehörte auch Sten Söhndel aus dem Cottbuser Stadtteil Sachsendorf. Anfang der 1990er Jahre war er einer der Mitbegründer und von da an Sänger des noch heute bestehenden »Rechtsrock-Urgestein[s]« Frontalkraft, einer maßgeblichen Größe des Genres, die sinnbildlich für die Verknüpfung von rechter Skinhead-Subkultur und organisiertem Neonazismus stand. Die Band konnte in einem Spremberger Jugendclub proben⁹⁵ – und eignete sich genau wie die DA Räume der kommunalen Jugendarbeit an. Wie bereits anderweitig ausführlich dargestellt, stellte die Stadt Cottbus im Kontext einer »Akzeptierenden Jugendarbeit«⁹⁶ zwei temporäre Mitglieder der DA⁹⁷ als Sozialarbeiter in einem Jugendclub im Ortsteil Sandow ein, die beide bereits zu DDR-Zeiten zur Skinhead-Szene und zu den BesucherInnen des Treffpunkts in Kiekebusch gehört hatten.⁹⁸

93 Zum Politisierungs- und Erlebnisraum Rechtsrock-Konzert in frühen 1990er Jahren vgl. Schulze (Anm. 91), S. 68 f.

94 AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 43.

95 Schulze (Anm. 91), S. 68.

96 Vgl. ausführlich Eric Angermann: Der Beginn des organisierten Neonazismus in Brandenburg. Die Aktivitäten neonazistischer Kleinparteien in den 1990er Jahren, in: Gideon Botsch/Christoph Schulze (Hg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin 2021, S. 75-97; hier S. 85 f.; Lucia Bruns/Christin Jänicke/Esther Lehnert/Stefanie Lindner: Reaktionen auf rechte Gewalt in Brandenburg am Anfang der 1990er-Jahre. Perspektiven auf Jugendarbeit und Polizei, in: Botsch/Köbberling/Schulze (Anm. 25) S. 270-292.

97 Beide waren im April 1991 noch als Mitglieder der DA aufgeführt, vgl. Mitgliederliste der Deutschen Alternative, April 1991, ABAG, Sammlung DA. Später sollen beide ausgetreten und es zu einem persönlichen Zwist gekommen sein. Nichtsdestotrotz blieb der Jugendclub weiter Anlaufpunkt für DA-Mitglieder, etwa über Konzerte von »Störkraft«, vgl. Das »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt«, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 21, Juni 1993, <https://antifainfoblatt.de/aib21/das-aktionsprogramm-gegen-aggression-und-gewalt>, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.

98 Schröder (Anm. 17), S. 177-127; AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 43; Nazi-Streetworker in Cottbus, in: Telegraph 11/1992, Infoladen Wildost Cottbus, S. 11. Womöglich war den Entscheidungsträger*innen eine Parteimitgliedschaft nicht bekannt, vgl. Bruns/Jänicke/Lehnert/Lindner (Anm. 96), S. 287.

Die Praxis der DA als Fundament für ein »toxisches Gebilde«

Die DA sollte auch nach dem Pogrom in Hoyerswerda, bei dem eine Beteiligung der Partei nicht vollends geklärt ist,⁹⁹ in der vom gesellschaftlichen Umbruch der Wendejahre besonders geprägten Stadt Cottbus vor allem mit einer rassistischen Agitation gegen »Ausländer« auffallen. Bei diesem Thema spürten ihre Mitglieder vermehrt Rückhalt in der Bevölkerung; die DA inszenierte sich noch deutlicher als politische Kraft, die eine völkisch gedachte Ordnung durchsetzen könne. Hierzu trugen die lokalen Kräfteverhältnisse bei. Erst das Verbot der DA im Dezember 1992, zu dem ein versuchter Pogrom in Cottbus-Sachsendorf im August 1992 beitrug, verhinderte ihre weitere regionale Etablierung. Träger dieser Entwicklung waren in erster Linie ostdeutsche AktivistInnen aus der Region, während westdeutsche Führungsfiguren lediglich unmittelbar zu Beginn einen *Aufbau Ost* unterstützten. Die DA-Mitglieder aus der Lausitz sorgten nach dem Mauerfall in kurzer Zeit für den Aufbau von Parteistrukturen und beeinflussten maßgeblich die Herausbildung eines neonazistisch geprägten Milieus, auf dessen Basis auch nach dem DA-Verbot weitere Organisationen aktiv sein konnten. Bis heute ist Cottbus und die Lausitz für ihr »toxisches Gebilde«¹⁰⁰ aus rechter sozialer Bewegung, neonazistisch geprägter juveniler Kulturen und später auch organisierter Kriminalität bekannt – zu dem sich nun mit der AfD als parlamentarischer Arm eine deutlich erfolgreichere nationalistische »Alternative« gesellt hat.

99 Antifaschistische Aktivist*innen sprachen davon, dass das Cottbuser DA-Führungstrio Hübner, Koswig und Wolter »Drahtzieher« gewesen sein soll*, wofür es allerdings keine weiteren Indizien gibt, vgl. AutorInnenkollektiv (Anm. 34), S. 45. Im 40 Kilometer entfernten Hoyerswerda gab es eine DA-Ortsgruppe, mit welcher der Cottbuser Ableger regelmäßig zusammenarbeitete, vgl. Christoph Wowttscherk: Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991, Göttingen 2014, S. 237.

100 Deutschlandfunk: »Inferno Cottbus«-Mitglieder offenbar noch sehr aktiv, 31. 1. 2019, https://www.deutschlandfunk.de/rechtsextreme-hooligans-inferno-cottbus-mitglieder-offenbar.890.de.html?dram:article_id=439892, zuletzt abgerufen am 1. 4. 2025.